

Pressemitteilung

30. Juni 2016

INSM-Integrationsmonitor

Wenn aus Flüchtlingen Erwerbspersonen werden

Erste Daten deuten darauf hin, dass immer mehr Flüchtlinge nun auch den Arbeitsmarkt erreichen. Sowohl die Anzahl der Beschäftigten aus den Hauptherkunftsländern steigt, als auch die Zahl der Arbeitslosen aus diesen Regionen. Der INSM-Integrationsmonitor analysiert die vorliegenden Daten und zeigt wo weiterer Reformbedarf besteht.

Berlin – „Die Integration der Flüchtlinge steht noch am Anfang – der wahre Praxistest folgt später“ – so fasst **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**, die Ergebnisse des INSM-Integrationsmonitors zusammen, der heute in Berlin erstmals veröffentlicht wurde. Der Integrationsmonitor wurde vom **Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)** im Auftrag der INSM erstellt. Er gibt Auskunft über die Qualifikationsniveaus der Flüchtlinge sowie die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig werden Unternehmen über ihre Einschätzungen zu aktuellen Flüchtlingsthemen befragt.

Laut den IW-Forschern bestehen trotz Fortschritten noch immer Zugangsbeschränkungen für Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt. So gilt die geplante Abschaffung der Vorrangprüfung und des Zeitarbeitsverbots nur in Regionen mit günstiger Arbeitsmarktlage. „Die Vorrangprüfung sollte ausnahmslos abgeschafft werden“, fordert der Studienleiter und Zuwanderungsexperte des IW Köln, **Prof. Dr. Axel Plünnecke**.

Bei der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung gibt es neben bedenklichen auch einige hoffnungsvolle Daten: So stieg die Zahl der Arbeitslosen aus den vier Hauptherkunftsländern Syrien, Eritrea, Irak und Afghanistan von 33.800 im Januar 2014 auf 123.500 im März 2016. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus diesen Ländern von rund 35.000 auf 53.000.

Nach wie vor große Probleme sehen die Forscher in der Verwaltung. „Um keine Zeit bei der Integration zu verlieren, sollte die Verfahrensdauer zwischen Ankunft der Flüchtlinge und Entscheidung über den Asylantrag für alle Flüchtlingsgruppen maximal drei bis sechs Monate betragen“, so Plünnecke.

32 Prozent der 540 vom IW Köln im Rahmen der Studie befragten Unternehmen sehen in den Flüchtlingen ein zumindest geringes Potenzial zur Deckung ihres künftigen Personalbedarfs. Weitere 14,5 Prozent sehen ein mittleres, 5,1 Prozent sogar ein großes Potential. Allerdings planen nur 8,6 Prozent aller Unternehmen, in den kommenden sechs Monaten Flüchtlinge einzustellen. Unter den Firmen, die bereits Erfahrung mit Flüchtlingen im Betrieb haben, sagen das immerhin 36,8 Prozent. Positiv zu bewerten ist, dass unter den größeren Unternehmen ab 250 Mitarbeitern jedes dritte Unternehmen in den kommenden sechs Monaten die Beschäftigung von Flüchtlingen ins Auge fasst. Größtes Einstellungshemmnis sind aus Unternehmenssicht mangelnde Deutschkenntnisse. Unzureichende fachliche Qualifikationen und fehlende Informationen über das Qualifikationsniveau der Flüchtlinge folgen auf Rang zwei und drei der Einstellungshürden. Rund ein Viertel sehen im bürokratischen Aufwand ein großes Hindernis. Die Ergebnisse der Befragung sind repräsentativ für Unternehmen in Deutschland.

„Flüchtlingen so schnell wie möglich Arbeit zu verschaffen ist sowohl aus humanitärer, wie auch aus wirtschaftlicher Perspektive wichtig. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die Integration fördern und nicht hemmen“, erklärt **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM.

Die Studie sowie ein Faktenblatt der zentralen Ergebnissen finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.